

## Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 28.06.2007  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 17:35 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Mecklenburg, Rico

**SPD-Fraktion**  
Burfeind, Heidrun  
Götze, Horst  
Jahnke, Horst  
Schulze, Kai-Uwe  
Südhoff, Johann  
Wessels, Johann

für Benjamin Swieter

**CDU-Fraktion**  
Bongartz, Helmut  
Orth, Petra

**FDP-Fraktion**  
Ammersken, Heino  
Eilers, Hillgriet

ab 17:10 Uhr

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**  
Renken, Bernd

**Fraktion DIE LINKE.**  
Koziolk, Stephan-Gerhard

**Verwaltungsvorstand**  
Lutz, Martin Erster Stadtrat

**von der Verwaltung**  
Denkmann, Dieter  
Mansholt, Dieter  
Stomberg, Beate  
Willms, Artur

**Protokollführung**  
Rauch, Agnes

## Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### Öffentlicher Teil

**TOP 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Mecklenburg** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 2** Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 3** Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.06.2007

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation am 12.06.2007 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**TOP 4** Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 5** Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2008  
Vorlage: 15/0321

**Herr Lutz** erklärt, früher habe der Kämmerer gemeinsam mit der Verwaltung die Haushaltsmittel verteilt und dann dem Rat einen fertigen Haushaltsplan vorgelegt. Dieses sei heute nicht mehr die Art und Weise, wie in der Stadt Entscheidungen herbeigeführt würden. Man wolle gemeinsam darüber sprechen, wo die wesentlichen Punkte und Ziele liegen sollten. Besonders in Jahren, in denen noch Defizite abzudecken seien, sei dieses außerordentlich schwierig. Er wolle den Rat möglichst frühzeitig in dieses Aufstellungsverfahren einbinden. Zwar würden am Ende des Jahres neue Erkenntnisse vorliegen, die mit einfließen würden, dennoch bitte er, der Verwaltung den Planungsauftrag nach diesem Eckwertebeschlussvorschlag zu geben, um nach einer bestimmten Aufteilungsmöglichkeit zu versuchen, die Haushaltsstellen zu belegen. Man müsse sich darüber im Klaren sein, dass nach Vorlage des Haushaltsentwurfs wieder diskutiert werden könne, doch nunmehr benötige die Verwaltung die Sicherheit, um planen zu können.

## Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Herr Bongartz** führt aus, Herr Lutz habe in der CDU-Fraktion plausibel auch die Chancen und Risiken dargelegt, die in diesem Eckdatenbeschluss stecken würden. Daher habe seine Fraktion keinerlei Veranlassung, an der Arbeitsgrundlage für den Haushaltsentwurf 2008 etwas auszusetzen. Es sei ihm jedoch aufgefallen, dass die Defizitabdeckung für das Krankenhaus im Haushaltsjahr 2008 dort mit 0,4 Mio. € angesetzt sei. Dieses sehe man zunächst auch als Eckwert an und müsse die Entwicklung abwarten.

**Herr Jahnke** bemerkt, in der letzten Sitzung habe seine Fraktion gesagt, dass das Eckwertverfahren die Grundlage für die Haushaltsaufstellung bilde. Natürlich bleibe es den Fraktionen vorbehalten, am Jahresende Änderungsvorschläge einzubringen. Er halte es für eine vernünftige Grundlage zur Haushaltsaufstellung und die SPD-Fraktion könne dem auch so folgen. Abschließend erkundigt er sich nach den Gewerbesteuerereinnahmen für das Jahr 2007.

**Herr Lutz** entgegnet, bereits in der letzten Sitzung habe er beim Tagesordnungspunkt „Quartalsbericht“ dazu Stellung genommen. Ein einziger Fall habe zu deutlich verbesserten Einnahmen geführt. Dabei würden sich die Einnahmen nicht in voller Höhe auf die Gewerbesteuer beziehen, sondern sehr stark auf die Zinsen, weil es sich um steuerliche Vorfälle vor etwa zehn Jahren handele. Er gibt jedoch zu bedenken, dass diese Zahlung noch nicht rechtskräftig sei, da teilweise Rechtsmittel eingelegt worden seien. Das Verfahren laufe derzeit beim Finanzamt. Da allerdings nicht die volle Summe betroffen sei, habe die Stadt Emden gute Chancen, dass die Gelder tatsächlich eintreffen würden.

Weiter führt er aus, einige Unternehmen hätten versucht, in diesem Jahr ihre Steuerlast zu minimieren und alles Mögliche zur Anrechnung zu bringen. Wenn er jedoch die einzelnen Steuerkonten betrachte, sei er zuversichtlich, das Jahresergebnis mit einer Null abschließen zu können. Seiner Meinung nach sei die Entwicklung noch nicht endgültig abschätzbar. Hier müsste zunächst das Ergebnis des dritten Quartals abgewartet werden.

**Herr Renken** erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten sich mit dem Eckdatenvorschlag der Verwaltung auseinandergesetzt und stimme dem weiteren Verfahren zu. Was im Herbst letztendlich dabei herauskomme und in welche Richtung sich die Zahlen bewegen würden, bleibe zunächst abzuwarten.

Er betont, dass seine Fraktion dem heutigen Eckdatenbeschluss zustimme, bedeute nicht, dass sie zu allen von der Verwaltung genannten Zielen ihre Zustimmung erteile. Es bleibe für ihn ein wichtiges Oberziel, ein Mehr an Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, soweit dieses in einer Kommune möglich sei. Nur durch eine gute Bildung, durch Qualifikation und durch Bildungsgerechtigkeit könnten die besten Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt geschaffen werden. Auch sei für ihn Ökologie keine Klammeraufgabe, wie es von der Verwaltung immer gerne definiert werde. Er stimme Herrn Jahnke zu, dass nach Vorlage des Budgetbuches über konkrete Maßnahmen und Änderungsvorschläge sicherlich miteinander beraten werden müsse. Ebenso sei er damit unzufrieden, dass sich die Mittel für die bauliche Unterhaltung weiterhin auf dem Mindestniveau bewegen würden. Dieses sei für alle Fraktionen ein nicht ausreichender Zustand, da lediglich damit die Verkehrssicherungspflicht erfüllt werde. Dieses gelte ebenso für die Daten im Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements, wo tatsächlich keine weiteren Mittel für die Instandhaltung und Sanierung der Schulgebäude vorgesehen seien.

Abschließend bedankt Herr Renken sich bei der Verwaltung, dass die Anregung seiner Fraktion, auch das Investitionsprogramm im Eckdatenbeschluss aufzuführen, aufgenommen worden sei.

**Frau Eilers** teilt mit, für ihre Fraktion stimme die Richtung und sie werde daher der Beschlussvorlage zustimmen.

## Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Herr Koziolk** schließt sich den Worten von Herrn Renken an. Auch für seine Fraktion seien die Bildung und die Sanierung der Schulgebäude relevant. Er fragt an, warum es auf Seite 6 der Vorlage bei dem Punkt „vom Land für die Umsetzung SGB II“ zu einer geringeren Einnahme von 1,2 Mio. € im Jahre 2008 kommen werde.

**Herr Lutz** antwortet, im Jahr 2006 habe man eine Abrechnung der Vorjahre 2005 und 2006 gehabt, die erst im Jahr 2007 geflossen sei. Daher hatte man in den Vorjahren eine ganz andere Situation, die in den Folgejahren nicht wieder kommen werde. Es werde ein einfaches Jahresergebnis geben, da die Anzahl der ALG-II-Empfänger nicht nur marginal, sondern deutlich zurückgehe.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage T 15/0321 als Anlage beigefügten Eckdaten zum Haushalt 2008.

**Ergebnis:** einstimmig

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN**

**TOP 6** Sachstandsbericht "Aktiv gegen Kinderarbeit";  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.06.2007  
Vorlage: 15/0362

**Herr Renken** erklärt, seine Fraktion habe diesen Antrag gestellt, um den Beschluss des Rates auch auf seine Wirksamkeit und Umsetzbarkeit zu prüfen. Er erinnere an die regelmäßige Berichterstattung des Oberbürgermeisters über die Umsetzung von Ratsbeschlüssen laut Geschäftsordnung. Dieses sei auch die Grundlage seines Antrages. Hinsichtlich der Vorlage bemerkt er, ihm würden dort einige konkrete Beispiele über Beschaffungsmaßnahmen, Produkte oder mögliche Dienstleistungen fehlen.

**Herr Lutz** führt aus, die Verwaltung habe das Problem, dass das Europäische Vergaberecht solche Kriterien nicht vorsehe, sondern grundsätzlich der günstigste Anbieter genommen werden müsse. Ansonsten riskiere die Verwaltung, dass es zu Prozessen käme. Eine Anfrage beim Deutschen Städtetag habe ergeben, dass derzeit nicht zu erwarten sei, dass den Wünschen des Städtetages nachgegangen und das Vergaberecht entsprechend geändert werde.

Bezüglich der Nennung einzelner Beispiele erklärt Herr Lutz, da die Stadt Emden nur relativ wenig Bestellungen von Gütern vornehme, bei denen Kinderarbeit theoretisch in Betracht kommen könnte, müsse man sich auf eine allgemeine Feststellung beziehen. Es werde bei kritischen Punkten versucht, diese nachzuvollziehen.

**Herr Renken** entgegnet, nach seiner Kenntnis sei nicht die Vergaberichtlinie der EU das Hindernis, sondern die nicht vollständige Umsetzung dieser EU-Richtlinie durch die Deutsche Bundesregierung. Insofern seien die Aktivitäten der Städte ein ganz wichtiges Signal.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

### TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

#### 1. De -minimis-Vorschrift

**Herr Lutz** erklärt, ab dem 01.07.2007 gelte eine neue De-minimis-Vorschrift für Beihilfen, die erheblich in die Rechtsverhältnisse zwischen der Stadt und ihren Tochtergesellschaften hinsichtlich der Übernahme von Bürgschaften eingreife und diese in Zukunft deutlich einschränke. Die Stadt Emden dürfe danach nicht mehr als 80 % der vorgesehenen Darlehensaufnahme verbürgen. Der absolute Höchstbetrag läge bei 1,5 Mio. € pro Gesellschaft.

#### 2. Finanzausgleich 2007

**Herr Lutz** bemerkt, es sei positiv, dass die Finanzausgleichsmasse durch den Nachtragshaushalt des Landes, der aus der neuerlichen Steuerschätzung im Mai resultiere, nochmals etwas angehoben worden sei. Der Anteil, der auf die Stadt Emden falle, lasse sich derzeit noch nicht genau festlegen, da der Entwurf des Finanzausgleichsgesetzes zwei Berechnungsmöglichkeiten zulasse. Noch würde auch kein Bescheid vorliegen, da das Gesetz seines Erachtens noch nicht verabschiedet worden sei.

#### 3. Kapitalerhöhung AAFÖG

**Herr Lutz** gibt bekannt, es werde für den Verwaltungsausschuss eine Vorlage zur Kapitalerhöhung für die AAFÖG gefertigt. Die Stellungnahme der Wirtschaftsprüfer liege nunmehr vor. Die AAFÖG habe ungefähr 275.000 € an Überschuss erwirtschaftet. Dieses beziehe sich insbesondere auf Steuerrückzahlungen. Da die AAFÖG eine Gesellschaft sei, die gemeinnützige Aufgaben wahrnehme, müsse das Geld auch tatsächlich wieder für die Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Daher werde er vorschlagen, das Stammkapital der Gesellschaft zu erhöhen.

#### 4. Überplanmäßige Ausgabe für das Chemische Untersuchungsamt

**Herr Lutz** teilt mit, aus steuerrechtlichen Gründen müsse eine überplanmäßige Ausgabe für das Chemische Untersuchungsamt beantragt werden, da dort Nachzahlungen für die Jahre 2005 und 2006 in der Umsatzsteuer zu leisten gewesen seien. Es handele sich hierbei im Prinzip nur um eine Vorfinanzierung, da im Haushaltsplan die Deckungsfähigkeit der Haushaltsstellen umgestellt werde.

### TOP 8 Anfragen

#### 1. Vermögensstand der Stadt Emden

**Herr Bongartz** bittet um Angabe einer groben Einschätzung des Vermögensstandes der Stadt Emden.

**Herr Lutz** führt aus, nach den Bewertungsgrundlagen schätze er den Vermögensstand der Stadt Emden auf 250 Mio. € Erst nach Erstellung einer Eröffnungsbilanz lasse sich der genaue Betrag ersehen. Doch dafür müsse alles inventarisiert werden, was in der Stadt vorhanden sei.

#### 2. Kommunaler Kombilohn

## Niederschrift Nr. 6 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und innere Organisation

**Herr Bongartz** bemerkt, er habe aus den Medien entnommen, dass die Bundesregierung einen sogenannten Kommunalen Kombilohn ins Leben gerufen habe. Aus den Fernsehberichten sei zu entnehmen gewesen, dass die Stadt Emden auf keinen Fall dabei sein könne, da es nur Regionen und Städte betreffe, die mehr als 15 % Arbeitslosigkeit hätten. In der Zeitung habe er gelesen, die Stadt Emden würde auch davon profitieren. Er fragt an, ob Emden auch davon begünstigt werde und auch einsteigen könne. Insbesondere denke er dabei an die Stadtreinigung.

**Herr Lutz** antwortet, er kenne dieses Programm der Bundesregierung auch nur aus den Medien. Der Presse habe er auf Anfrage entgegnet, dass man abwarten müsse, ob auch die Stadt Emden in das Programm aufgenommen werde. Er habe sich zwar auch gewundert, dass Emden von diesem Programm profitieren solle, da die Arbeitslosenquote hier unter 15 % liege. Ihm sei jedoch der Stichtag nicht bekannt. Wenn ihm bis zur nächsten Verwaltungsausschuss-Sitzung nähere Informationen vorliegen würden, werde er diese mitteilen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.